

Behörde warnt vor Glyphosat-Belastung der Bevölkerung

Das Umweltbundesamt (UBA) hat in den letzten 15 Jahren Urinproben von rund 400 Studenten genommen. Während 2001 nur bei 10 Prozent der Unkrautkiller Glyphosat nachgewiesen werden konnte, waren es vergangenes Jahr 40 Prozent, 2013 sogar fast 60 Prozent. Die Behörde sieht Diskussions- und Forschungsbedarf. Sie untersucht nun die Glyphosat-Belastung bei Kindern.

Über den meist eingesetzten Wirkstoff in Herbiziden wird seit letztem Frühjahr hitzig diskutiert. Auslöser: die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation hatte Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend beim Menschen“ eingestuft. Das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die EU-Lebensmittelbehörde sehen hingegen bei sachgemäßer Anwendung kein erhöhtes Krebsrisiko.

„Zwar liegt selbst der höchste gemessene Wert um den Faktor 1.000 niedriger als die EU-Lebensmittelbehörde für vertretbar hält“, schreibt das Umweltbundesamt nun auf seiner Website. „Falls sich jedoch – wie von der WHO befürchtet – Glyphosat als 'wahrscheinlich krebserzeugend beim Menschen' herausstellt, muss über den Stoff neu diskutiert werden. Hier sieht das UBA weiteren Forschungsbedarf.“

Die Präsidentin des Amtes, Maria Krautzberger: „Wir müssen die Datenlage zur Belastung beim Menschen verbessern. Insbesondere bei Kindern wissen wir bisher kaum etwas.“ Zudem dürfe man nicht nur den Wirkstoff Glyphosat untersuchen, sondern müsse sich die Mischung anschauen, die letztlich verkauft und auf dem Acker, in Gärten oder öffentlichen Grünflächen eingesetzt wird.

Krautzberger verwies auch auf negative Auswirkungen auf die Umwelt: „Der Pflanzenschutz mit Chemie ist einer der Hauptgründe für den Verlust der biologischen Vielfalt auf unseren Äckern. Dass es anders geht zeigt der Ökolandbau, der weitgehend auf Pflanzenschutzmittel verzichtet.“ Man müsse auch darüber diskutieren, wer die Kosten dieses Artenrückgangs tragen solle – die Verursacher, also chemische Industrie und konventionelle Landwirte, oder wie bislang der Steuerzahler. Eine Abgabe auf Pestizide, um den Preis zu erhöhen und so Landwirte zum Umstieg auf nachhaltigere Methoden zu bewegen, hält das UBA für „erwägenswert“.

„Die neue UBA-Studie bestätigt jetzt amtlich, was Nichtregierungsorganisationen schon vor Jahren festgestellt haben: ein großer Teil der Bevölkerung hat mittlerweile Glyphosat im Körper - Tendenz langfristig stark steigend“, kommentierte der Grünen-Abgeordnete Harald Ebner. „Auch wenn Grenzwerte deutlich unterschritten werden, ist das ein Alarmsignal. Für krebserregende Stoffe gibt

es keine 'sicheren' Grenzwerte, bis zu deren Höhe eine Aufnahme unbedenklich wäre. Pestizide haben in unseren Körpern nichts zu suchen.“

Dass Glyphosat offiziell immer noch als unbedenklich gelte, gehe auch auf einen entsprechenden Bericht des deutschen BfR zurück. „Dessen Dienstherr Minister Christian Schmidt trägt die Verantwortung dafür und muss jetzt dringend bei der EU die Notbremse ziehen“, forderte Ebner vom Bundeslandwirtschaftsminister. In der EU läuft zurzeit das Verfahren für eine Verlängerung des Glyphosat-Genehmigung um zehn Jahre. [dh]

- [Umweltbundesamt: Neue UBA-Untersuchung zu Glyphosat \(21.01.16\)](#)
- [Informationsdienst Gentechnik: EFSA: Glyphosat wahrscheinlich ok \(12.11.15\)](#)
- [Dossier: Gentechnik & Glyphosat \("Roundup"\)](#)
- [Dossier: Zahlen und Fakten zu Glyphosat/Roundup](#)
- [Überblick: Gift und Gentechnik](#)

<http://www.keine-gentechnik.de/nachricht/31581/>